



Juli 2022



Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie in Krisenzeiten

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2022

von Jens Martens

Vom 5. bis 15. Juli 2022 fand die diesjährige Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen statt. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen.

Das Forum tagte zum ersten Mal seit drei Jahren wieder in Präsenz, wenngleich unter geringerer Beteiligung von Regierungsvertreter*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Als Folge der COVID-19-Pandemie fand ein Großteil der über 300 Parallelveranstaltungen außerhalb des offiziellen Programms weiterhin online statt.

Das diesjährige HLPF stand unter dem etwas sperrigen Motto „building back better from the coronavirus disease (COVID-19) while advancing the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development.“ Die Diskussionen waren geprägt vom Zusammentreffen verschiedener Krisen: Der weiterhin schwelenden COVID-19-Pandemie mit ihren sozio-ökonomischen Auswirkungen, den Folgen des Ukraine-Kriegs, insbesondere für die weltweite Energie- und Ernährungssicherheit, und den immer stärker spürbaren Effekten der Erderwärmung. „Unsere Welt steckt in großen Schwierigkeiten – und damit auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung“, konstatierte UN-Generalsekretär António Guterres in seiner [Rede](#) beim HLPF.

Die Regierungen reagierten darauf mit einer wortreichen Ministererklärung, die mit 29 Seiten fast so lang ausgefallen ist, wie die Agenda 2030 selbst. Neue Impulse, geschweige denn konkrete politische Antworten auf die globalen Krisen, enthält sie nicht.

Dynamischer vollzieht sich die Umsetzung der Agenda 2030 derzeit auf der Ebene von Städten und Regionen. Immer mehr berichten darüber beim HLPF im Rahmen sogenannter Voluntary Local Reviews (VLRs). Dies wird sich im Jahr 2023 noch steigern, wenn sowohl die Überprüfung von SDG 11 (Nachhaltige Städte und Siedlungen) als auch die Halbzeitbilanz der SDGs insgesamt auf der Agenda stehen.

Die globale Nachhaltigkeitsdiplomatie ist weiterhin erheblich von der COVID-19-Pandemie und ihren sozio-ökonomischen Folgen geprägt. Auch die diesjährige Tagung des HLPF blieb davon nicht unberührt. Im Zentrum der Diskussionen sollte die

Frage stehen, wie die Politik den Wiederaufbau nach der Krise so gestalten kann, dass er besser als bisher der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele dient („building back better“). Überschattet wurde die Tagung allerdings vom Ein-

BRIEFING

marsch russischer Truppen in die Ukraine und seinen weltweiten Folgen. Der UN-Generalsekretär sprach in diesem Zusammenhang von einer „**Kaskade von Krisen**“ und nannte dabei vor allem die Auswirkungen des russischen Einmarsches in die Ukraine, die fragile und ungleichmäßige Erholung von der COVID-19-Pandemie und den verschärften globalen Klimanotstand.

Trotz der veränderten geopolitischen Lage hielten die Vereinten Nationen am offiziellen Programm des achttägigen Treffens mit einer Serie von Panelveranstaltungen, Länderberichten und einem dreitägigen Ministersegment fest (zur Funktionsweise des HLPF s. Kasten).

Wie funktioniert das HLPF?

Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Forum, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Zusätzlich haben Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen (im UN-Jargon die *Major Groups and other Stakeholders, MGoS*) verbrieftete Beteiligungsmöglichkeiten.

Format und Arbeitsweise des HLPF wurden von den Regierungen im Juli 2013 beschlossen.¹ Die Eröffnungssitzung des Forums fand am 24. September 2013 in New York statt.² Seit 2014 tagt das HLPF jährlich für acht Tage unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), davon drei Tage auf Ministerebene.³ Die Treffen finden im Rahmen der regulären Arbeitstagung des ECOSOC jeweils im Juli eines Jahres statt. Zusätzlich tritt das HLPF alle vier Jahre für zwei Tage auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Das erste Gipfeltreffen dieser Art fand im September 2019 statt,⁴ das nächste folgt im September 2023.

Das offizielle Ergebnis der Tagungen des HLPF ist normalerweise eine Ministererklärung, die der UN-Generalversammlung übermittelt wird.⁵ Über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügt das Forum nicht. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Bestandsaufnahme von Fort- oder Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs. Dies geschieht unter anderem im Rahmen freiwilliger Staatenberichte, der *Voluntary National Reviews (VNRs)*.

Im besonderen Fokus des HLPF standen 2022 folgende fünf SDGs:



Ziel 4 Bildung für Alle



Ziel 5 Gleichstellung der Geschlechter



Ziel 14 Ozeane erhalten



Ziel 15 Landökosysteme schützen



Ziel 17 Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken

Bei allen Zielen ist die Verwirklichung durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in weite Ferne gerückt. Die Diskussionen drehten sich daher vor allem um die Frage, wie die Umsetzungsprozesse wieder „back on track“ gebracht werden können.

Allerdings ist das HLPF nicht der Ort, wo weitergehende Initiativen gestartet oder konkrete Beschlüsse gefasst werden können. Dazu gibt es für jedes der Ziele spezielle politische Foren.

Als Reaktion auf den weltweiten Bildungsnotstand infolge der COVID-19-Pandemie hat der UN-Generalsekretär zu einem speziellen **Transforming Education Summit** am 19. September 2022 in New York eingeladen. Ziel des Gipfels ist es zu erörtern, wie pandemiebedingte Lernverluste ausgeglichen werden können, wie die Bildungssysteme für die Welt von morgen transformiert werden können und wie die nationalen und globalen Anstrengungen zur Erreichung von SDG 4 neu belebt werden können.

Die Umsetzung von SDG 5 und weiterer geschlechterbezogener Ziele der Agenda 2030 wird bei der jährlichen Tagung der **Frauenrechtskommission der UN** (Commission on the Status of Women, CSW) diskutiert. Sie fand im März dieses Jahres statt. Thema war die **Gleichstellung der Geschlechter im Kontext des Klimawandels und der Katastrophenvorsorge**.

¹ Vgl. UN Dok. A/RES/67/290.

² Vgl. dazu die Zusammenfassung des Präsidenten der UN-Generalversammlung in UN Dok. A/68/588.

³ Deutschland war bisher lediglich durch Staatssekretär*innen des BMUV und BMZ vertreten. 2022 waren dies die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Dr. Bettina Hoffmann (BMUV) und Dr. Bärbel Kofler (BMZ).

⁴ <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgsummit>

⁵ Vgl. die Erklärungen 2014 (UN Dok. E/HLS/2014/1), 2015 (UN Dok. E/HLS/2015/1), 2016 (UN Dok. E/HLS/2016/1), 2017 (UN Dok. E/HLS/2017/1), 2018 (UN Dok. E/HLS/2018/1) und 2021 (E/HLS/2021/1). 2019 gab es anstelle der Ministererklärung eine Politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des SDG-Gipfels (UN Dok. A/RES/74/4). 2020 konnten sich die Regierungen nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen.

Über den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Ozeane diskutierten Staaten und nichtstaatliche Akteure eine Woche vor dem HLPF bei der speziellen **UN Ocean Conference** in Lissabon (27. Juni–1. Juli 2022). Themen waren dort die Küstenerosion, der steigende Meeresspiegel, wärmere und saurere Gewässer, die Meeresverschmutzung, die Überfischung und der Rückgang der biologischen Vielfalt der Meere. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie der **BUND** und **MISEREOR** kritisierten, dass sich die Staaten dort auf freiwillige Initiativen beschränkten und damit der dramatischen Lage der Weltmeere nicht gerecht würden. Immerhin haben in Lissabon Palau und weitere pazifische Inselstaaten eine globale Initiative für ein Moratorium gestartet, das den Tiefseebergbau auf internationaler Ebene aussetzen soll.

Der Schutz der Landökosysteme (SDG 15) steht vor allem bei der **Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt (CBD)** auf der Tagesordnung. Die dort vereinbarten Ziele hätten bereits bis zum Jahr 2020 verwirklicht werden sollen, aber keines dieser „2020-Ziele“ wurde erreicht. Seit 2019 wird über einen neuen Rahmenplan für die biologische Vielfalt verhandelt. Er sollte auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz (COP15) in Kunming, China, verabschiedet werden. Die Konferenz wurde coronabedingt mehrfach verschoben.

Die SDGs als Weg aus der Krise

„Die Schwere und das Ausmaß der vor uns liegenden Herausforderungen erfordern tiefgreifende Veränderungen in einem Ausmaß, das in der Geschichte der Menschheit noch nie da war.“⁶ Mit diesen Worten beschwor der UN-Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten Liu Zhenmin die Staatengemeinschaft, endlich die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der multiplen Krise zu ergreifen. Er tat dies in der Einleitung des **SDG-Berichts 2022** der UN, der zusammen mit dem jährlichen **SDG-Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs** die wesentliche inhaltliche Grundlage für die Diskussionen beim HLPF bildete.

Die Berichte beschreiben die weltweiten Trends bei allen 17 SDGs. So wird die Zahl der Menschen in extremer Armut allein 2022 um etwa 95 Millionen höher ausfallen, als es ohne Corona und Ukraine-Krieg der Fall gewesen wäre.

Der **erste Teil** fand virtuell im Oktober 2021 statt, der entscheidende **zweite Teil** wird nun aufgrund der unsicheren Pandemielage in China vom 7.–19. Dezember 2022 am Sitz des CBD-Sekretariats in Montreal durchgeführt. Heftige Kontroversen gibt es in den Verhandlungen unter anderem noch über Finanzierungsfragen.

Die Finanzierung der SDG-Umsetzung ist Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern der Agenda 2030 insgesamt. Auch deswegen steht SDG 17 beim HLPF jedes Jahr auf der Tagesordnung. Die eigentliche inhaltliche Diskussion dazu findet allerdings bereits im Vorfeld beim jährlichen **Financing for Development Forum** des ECOSOC statt. Das HLPF beschränkt sich weitgehend darauf, die dortigen **Aussagen und Vereinbarungen** zu wiederholen – und diese wurden den aktuellen Herausforderungen auch 2022 nicht gerecht (siehe die Bewertung von Bodo Ellmers zum FfD-Forum 2022 [hier](#) und zur Entwicklungsfinanzierung beim HLPF [hier](#)). Auch deswegen forderten **zivilgesellschaftliche Organisationen** beim HLPF vehement, die Durchführung einer neuen (vierten) globalen UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung zu vereinbaren. Eine Einigung kam unter den Mitgliedstaaten dazu bislang nicht zustande. Das Thema steht bei der UN-Generalversammlung im Herbst 2022 erneut auf der Agenda.

Zwischen März 2020 und Februar 2022 waren die Schulen weltweit im Durchschnitt für 41 Wochen ganz oder teilweise geschlossen, in Lateinamerika und der Karibik sogar für über 60 Wochen – mit den entsprechend negativen Folgen für die Schülerinnen und Schüler. Die UNESCO schätzt, dass mindestens 24 Millionen von ihnen nach Ende des Lockdowns nicht wieder in die Schulen zurückkehren – eine Zahl, die mehr als doppelt so groß ist wie die Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland.

Gleichzeitig setzt sich die Zerstörung der globalen Ökosysteme fort: Rund 40.000 Arten sind vom Aussterben bedroht, 10 Millionen Hektar Wald (eine Fläche so groß wie Island) werden jedes Jahr zerstört, und mehr als die Hälfte der Schlüsselgebiete für die biologische Vielfalt bleiben ungeschützt.

⁶ United Nations (2022), S. 3 (Übersetzung hier und im Folgenden JM).

Die Wege aus den verschiedenen Krisen sind nach den Worten von Liu Zhenmin bereits in den SDGs angelegt, aber „wir ignorieren sie auf eigene Gefahr.“⁷ Die „road map for survival“ müsse vor allem drei Bereiche adressieren:

- » Die sofortige Beendigung aller bewaffneter Konflikte, denn „wir können Krieg und den damit verbundenen sinnlosen Verlust wertvoller Menschenleben und Ressourcen einfach nicht hinnehmen.“⁸
- » Die Hinwendung zu kohlenstoffarmen, resilienten und integrativen Entwicklungspfaden,

die die Kohlenstoffemissionen verringern, die natürlichen Ressourcen schonen, unsere Ernährungssysteme umgestalten, bessere Arbeitsplätze schaffen und den Übergang zu einer grüneren, integrativeren und gerechteren Wirtschaft vorantreiben.

- » Eine umfassende Transformation der internationalen Finanz- und Schuldenarchitektur, um ein weiteres Auseinanderdriften der Länder zu vermeiden, bei dem der Aufschwung überwiegend den finanziell starken Ländern zugutekommt während die Länder des globalen Südens zurückbleiben.

Freiwillige Staatenberichte liefern ambivalentes Bild

Wie unterschiedlich die Länder von den verschiedenen Krisen betroffen sind, machten auch die freiwilligen nationalen Berichte (*Voluntary National Reviews, VNRs*) deutlich, die beim HLPF präsentiert wurden. Um zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben, sind die Regierungen seit 2016 angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Zwischen 2016 und 2022 haben 187 Länder insgesamt 291 VNRs präsentiert, einige von ihnen bereits zwei-, drei- oder sogar viermal. In diesem Jahr legten 44 Länder ihre Berichte vor (s. Kasten). Damit haben nur noch sechs Mitgliedsstaaten der UN keinen Bericht abgeliefert, unter ihnen die USA.

44 Länder, die dem HLPF 2022 nationale Berichte vorgelegt haben⁹

Äthiopien · Andorra, Argentinien · Belarus
Botswana · Kamerun · Côte d'Ivoire · Djibouti
Dominica · El Salvador · Equatorial Guinea · Eritrea
Eswatini (Swasiland) · Gabun · Gambia · Ghana
Griechenland · Grenada · Guinea-Bissau · Italien
Jamaika · Jordanien · Kasachstan · Lettland
Lesotho · Liberia · Luxemburg · Malawi · Mali
Montenegro · Niederlande · Pakistan · Philippinen
Sao Tomé und Príncipe · Senegal · Somalia
Sri Lanka · Sudan · Surinam · Schweiz · Togo
Tuvalu · Vereinigte Arabische Emirate · Uruguay

Die meisten Berichte beschrieben, wie die SDGs in nationale Entwicklungsstrategien integriert wurden. Dabei wurde das Augenmerk verstärkt auch auf die lokale Ebene gerichtet. Eine Reihe von afrikanischen Ländern haben entsprechende Entwicklungspläne formuliert, so beispielsweise Solidarity Côte d'Ivoire, Vision Djibouti, African Beacon of Prosperity (Äthiopien), Malawi 2063, Transformation Acceleration Plan (Gabun) und der Emerging Senegal Plan.

Auch wenn die Regierungen in ihren VNRs die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung stärker thematisierten als in der Vergangenheit, blieben die Berichte doch in erster Linie Selbstdarstellungen der Regierungen. Umso wichtiger war es, dass neben den Regierungen auch zivilgesellschaftliche Gruppen im Anschluss an die jeweilige VNR-Präsentation die Möglichkeit erhielten, (mehr oder weniger) kritische Fragen zu stellen. Aufgrund der engen Zeittaktung der Präsentationen blieb diese Möglichkeit allerdings sehr beschränkt.

In einigen Ländern habe zivilgesellschaftliche Bündnisse parallel zum VNR der Regierungen einen Schattenbericht (oder Spotlight Report) produziert. So hat zum Beispiel die schweizerische Plattform Agenda 2030 unter dem Titel „**Weiter wie bisher auf Kosten der Welt?**“ einen umfassenden Halbzeitkommentar zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz veröffentlicht.

7 Ebd.

8 Ebd.

9 Die Berichte sind im Internet zugänglich unter <https://hlpf.un.org/vnrs>

Zunahme von *Voluntary Local Reviews (VLRs)*

Und auch die Berichte von Städten und Regionen spielen beim HLPF eine wachsende Rolle. Ihre globalen Dachverbände und kommunalen Bündnissen arbeiten im SDG-Kontext in der **Global Taskforce of Local and Regional Governments** zusammen. Der sechste Bericht der Global Taskforce, der im Rahmen des HLPF 2022 präsentiert wurde, beschreibt die zunehmenden Bemühungen der „**Lokalisierung der SDGs**“ in allen Regionen der Welt.¹⁰

Eine Instrument, das immer häufiger genutzt wird, sind die Nachhaltigkeitsberichte von Städten und Regionen, die unter der Bezeichnung *Voluntary Local Reviews (VLRs)* bzw. *Voluntary Subnational Reviews (VSRs)* zum Teil beim HLPF vorgestellt wurden. Die Gesamtzahl der VLRs hat sich seit 2020 auf über 150 mehr als verdreifacht. **Berichte** kommen aus Millionenstädten wie Barcelona, aber auch aus kleinen und mittelgroßen Städten (wie Ghent in Belgien, Chimbote in Peru, Kelowna in Kanada, Victoria Falls in Simbabwe und Sha Alam in Malaysia). Hinzu kommen bislang **26 VSRs**, beispielsweise aus Argentinien, Botswana, Italien und Uruguay.

Aus Deutschland haben in diesem Jahr die Städte **Bonn** (zum zweiten Mal) und **Kiel** ihre VLRs in New York präsentiert. Mitarbeiterinnen der Stadt Kiel waren beim HLPF vor Ort vertreten und haben am Rande der offiziellen Tagung über die Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele berichtet. Der erste VLR Kiels konzentrierte sich dabei auf die fünf Ziele, die beim HLPF

2022 auf der Tagesordnung standen. Mittelfristig hat sich Kiel zum Ziel gesetzt, zu allen 17 SDGs zu berichten.

Auch **Düsseldorf** hat im Juli 2022 seinen ersten VLR veröffentlicht. Zuvor gab es bereits Berichte aus **Stuttgart** und **Mannheim**. Bis Ende des Jahres werden noch Münster, Arnberg und Dortmund folgen. Im kommenden Jahr sollen mit Unterstützung der **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** von Engagement Global freiwillige Berichte von mindestens sechs weiteren Städten erarbeitet werden. Zur Unterstützung hat die SKEW im Juni 2022 eine umfassende **Handreichung zur „Freiwilligen Lokalen Berichterstattung“ über die Umsetzung der Agenda 2030** veröffentlicht.

2023 wird das HLPF den lokalen Akteuren noch mehr Aufmerksamkeit widmen, denn dann steht die Überprüfung von SDG 11 (Nachhaltige Städte und Siedlungen) auf dem offiziellen Programm. Allerdings wird alles kommunale Engagement nicht die Handlungsdefizite auf nationaler und internationaler Ebene ausgleichen können.

Dessen waren sich auch die Leiterinnen der deutschen Delegation, die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Bärbel Kofler (BMZ) und Bettina Hoffmann (BMUV), bewusst. In ihrem gemeinsamen **Statement** beim HLPF betonten sie die dringende Notwendigkeit, die Anstrengungen zu verstärken, um die Agenda 2030 und ihre Ziele in den kommenden acht Jahren noch zu verwirklichen.

Deutsche Akzente beim HLPF

Die deutschen Beiträge beim HLPF blieben ähnlich wie die der EU und anderer Mitgliedsländer nicht vom Ukrainekrieg unberührt. Bärbel Kofler und Bettina Hoffmann verurteilten Russland in scharfen Worten und warnten davor, dass die Verwirklichung sämtlicher SDGs durch den Krieg gefährdet würde. In ihrem gemeinsamen **Statement** stellten sie fest:

„Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die COVID-19-Pandemie erinnern uns daran, dass unsere

Volkswirtschaften und Gesellschaften sowie die Agrar- und Ernährungssysteme widerstandsfähiger werden müssen. Wir verurteilen den unprovokierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der einen schweren Verstoß gegen die UN-Charta und andere grundlegende Prinzipien des Völkerrechts darstellt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine gefährdet den globalen Frieden, die Stabilität und die Sicherheit, betrifft Menschen in allen Teilen der Welt und gefährdet die Verwirklichung der SDGs in all ihren Dimensionen.“¹¹

¹⁰ Global Taskforce of Local and Regional Governments (2022).

¹¹ <https://www.bmz.de/de/aktuelles/reden/parlamentarische-staatssekretaerin-dr-baerbel-kofler/hlpf-statement-by-bettina-hoffmann-baerbel-kofler-116812> (Übersetzung JM).

Ein thematischer Schwerpunkt der Bundesregierung beim HLPF war die Verwirklichung von SDG 5 (Geschlechtergleichstellung). In diesem Zusammenhang hob sie das Konzept einer feministischen Entwicklungs- und Umweltpolitik hervor, das darauf abzielt, „strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und dadurch auch die dringend benötigte Nachhaltigkeitswende voranzubringen.“¹²

Passend dazu trug das offizielle deutsche Side Event den Titel: „**Unstoppable. Empowerment of**

women and girls as agents of change“. Vertreterinnen von Regierungen, UN, Zivilgesellschaft und Jugend diskutierten dort Lösungsansätze für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Ein weiteres deutsches **Side Event**, das vom Rat für nachhaltige Entwicklung mitveranstaltet wurde, befasste sich mit den Voluntary Local Reviews (VLRs), unter anderem am Beispiel der Städte Pereira, Kolumbien, und Bonn.

Wortreiche Ministererklärung ohne neue Impulse

Offizielles Ergebnis des HLPF war auch in diesem Jahr eine **Ministererklärung**, mit deren Aushandlung bereits **Monate im Voraus** begonnen worden war. Dennoch konnte bis zum Schluss keine vollständige Einigung erzielt werden. Wie in den Vorjahren umstritten blieb bis zuletzt eine Passage zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unter ausländischer Besatzung, die von Israel, den USA und Kanada abgelehnt wurde (**Pkt. 131** der Ministererklärung).

Bemerkenswert ist immerhin, dass der restliche Text von 29 Seiten im Konsens aller Mitgliedsstaaten, einschließlich Russlands und der Ukraine, verabschiedet wurde. Einige Diplomaten sahen diesen Fakt alleine bereits als Erfolg an.

Die Ministererklärung beschränkt sich allerdings auch in erster Linie darauf, Rückschritte bei der Verwirklichung der SDGs und ungleiche Fortschritte bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zu beklagen („We express deep concern about the gap in access to these tools, including, in particular, in vaccination rates, particularly between developed and developing countries, and urge all actors to step up efforts to close the vaccination gap.“ Pkt. 17) und die Verpflichtung zur vollständigen Umsetzung der Agenda 2030 einmal

mehr zu bekräftigen. Der Begriff „reaffirm“ (erneut bekräftigen) kommt in der Ministererklärung insgesamt 46-mal vor.

Das grundsätzliche Dilemma des HLPF besteht darin, dass in seinem Rahmen keine tatsächlichen Entscheidungen gefällt oder neue politische Initiativen gestartet werden können. So bleibt die Ministererklärung überwiegend auf Appelle beschränkt, die die Regierungen faktisch an sich selbst richten. Ihre politische Durchschlagskraft ist entsprechend begrenzt.

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich im HLPF-Kontext unter dem Dach des *Major Groups and other Stakeholders Coordination Mechanism* abstimmen, äußerten fast schon routinemäßig ihre „tiefe Enttäuschung“ über die Ministererklärung und stellten fest:

„At a time when humanity and life on this planet are under threat, we are dismayed to see no actionable path mandated in this Ministerial Resolution to meet the urgent current global challenges and no political guidance to shift from existing paradigms that are deepening inequalities, violating human rights, and destroying the environment.“¹³

Nächste Gipfel werfen ihre Schatten voraus

Das HLPF 2022 hat einmal mehr die gegenwärtigen Grenzen globaler Nachhaltigkeitspolitik aufgezeigt. Auf der einen Seite haben die Beiträge und mehr als 300 Side Events und Sonderveranstaltungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure

den Stellenwert der Agenda 2030 und der SDGs als politischen Referenzrahmen unterstrichen. Auf der anderen Seite hat das schwache offizielle Er-

¹² <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/bettina-hoffmann-baerbel-kofler-beim-un-nachhaltigkeitsforum-116864>

¹³ MGoS Coordination Mechanism (2022): MGoS CM Statement on the 2022 Ministerial Declaration.

gebnis zeigt, dass angesichts der geopolitischen Konflikte und Interessendivergenzen zukunftsweisende Beschlüsse über die Agenda 2030 hinaus nur schwerlich zu erreichen sind.

Das hat UN-Generalsekretär António Guterres bereits im Vorfeld des HLPF dazu veranlasst die Mitgliedsstaaten aufzufordern, die **SDGs zu retten**. Diesem Zweck dienen letztlich auch die Maßnahmen, die er in seinem vieldiskutierten Report „**Our Common Agenda**“ vom September 2021 vorschlägt. Sie sollen zu einem „Summit of the Future“ führen, zu dem sich die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt im September 2023 in New York treffen sollen. Die Vorbereitungen zu diesem Zukunftsgipfel laufen bereits, unter anderem im Rahmen eines **High-Level Advisory Board on Effective Multilateralism**, den Guterres eingesetzt hat. Dieses Beratergremium unter Vorsitz der früheren Präsidentin Liberias Ellen Johnson Sirleaf und des ehemaligen schwedischen Premierministers Stefan Löfven soll Vorschläge zur Stärkung von Governance-Regelungen formulieren, um globale öffentliche Güter wirksamer bereitstellen zu können.

Unklar ist noch, in welchem Verhältnis der geplante Zukunftsgipfel zum SDG-Gipfel steht, der ebenfalls im September 2023 stattfinden soll (noch unbestätigtes Datum: 20.-21. September 2023).

Bei ihm soll eine politische Halbzeitbilanz der SDG-Umsetzung vorgenommen werden. Formal ist der SDG-Gipfel der zweite Teil des HLPF 2023. Der erste Teil wird wie gewohnt unter dem Dach des ECOSOC im Juli 2023 stattfinden und weiterhin ganz im Zeichen von Corona stehen. Sein Thema wird lauten: „Accelerating the recovery from the coronavirus disease (COVID-19) and the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development at all levels.“ Im Mittelpunkt steht die Überprüfung der SDGs 6, 7, 9, 11 und 17. Der zweite Teil des HLPF wird dann im September 2023 unter dem Dach der UN-Generalversammlung als SDG-Gipfel stattfinden.

Zur inhaltlichen Vorbereitung wird voraussichtlich im März 2023 die Vorabfassung des nächsten **Global Sustainable Development Reports (GSDR)** erscheinen. Verfasst wird der GSDR von einer interdisziplinären Gruppe von Wissenschaftler*innen unter Ko-Vorsitz von Imme Scholz, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Es wird also im Jahr 2023 nicht an Gelegenheiten mangeln, um bei der Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsagenda die dringend erforderlichen Fortschritte zu erzielen.

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums Europe

Weitere Informationen

Global Taskforce of Local and Regional Governments (2022): Towards the Localization of the SDGs. Local and regional governments breaking through for a sustainable and just recovery. Barcelona.
https://www.global-taskforce.org/sites/default/files/2022-07/Towards%20the%20Localization%20of%20the%20SDGs_2022.pdf

United Nations (2022): The Sustainable Development Goals Report 2022. New York.
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2022/>

United Nations Secretary-General (2022): Progress towards the Sustainable Development Goals. New York: UN ECOSOC (UN Dok. E/2022/55).
https://digitallibrary.un.org/record/3977147/files/E_2022_55-EN.pdf?ln=en

Webseiten

High-Level Political Forum

<https://hlpf.un.org/>

Reporting Services des International Institute for Sustainable Development (IISD) zum HLPF

<https://enb.iisd.org/high-level-political-forum-hlpf-2022>

Informationsportal von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie in Krisenzeiten

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2022

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
 Königstraße 37a, 53115 Bonn
 Tel. 0228 9650510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
 Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Bodo Ellmers

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Juli 2022

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.